

Strukturelle Benachteiligung der IGS beenden

Dienstag, 12. Juni 2018

Ratsfrau Gisela Ohnesorge (DIE LINKE.), Redebeitrag zur Ratssitzung am 12.06.2018 unter TOP 4 zum Antrag der LINKSFRAKTION.

Es gilt das gesprochene Wort.

Wir beantragen, die strukturelle Benachteiligung der IGSen zu beenden.

Was ist damit gemeint?

Wir wollen, dass alle Schulformen in Braunschweig gleichgestellt werden.

Außer der IGS dürfen alle weiterführenden Schulen in Braunschweig auch auswärtige Schülerinnen und Schüler aufnehmen.

Den IGSen wird dies untersagt mit der Begründung, dass es nicht genügend Plätze an einer IGS in Braunschweig gäbe.

Nimmt man diese Begründung ernst, dann muss man sie auch auf andere Schulformen, zum Beispiel die Braunschweiger Gymnasien, anwenden: Ungefähr ein Viertel der Braunschweiger Gymnasiasten, rund 2000, stammt aus dem Umland. Genügend, der Nachfrage entsprechende Plätze gibt es aber an den Braunschweiger Gymnasien nicht. Jahr für Jahr muss hier nachgerüstet werden, durch Anbauten zum Beispiel oder durch Aufstellen von Raumcontainern. Das geschieht auch.

Aufgrund der hohen Schülerzahl haben die Gymnasien so ein breit gefächertes Leistungsspektrum ihrer Schülerinnen und Schüler. Nicht so die Gesamtschulen.

Angesichts dieser Tatbestände kann von einer Gleichbehandlung der unterschiedlichen Schulformen in Braunschweig nicht gesprochen werden.

Die IGSen werden eindeutig benachteiligt, hier wird nicht der tatsächlichen Schülerzahl Rechnung getragen. Allein für Braunschweiger Kinder gibt es schon Jahr für Jahr 200 Plätze zu wenig, würden die IGSen für auswärtige Kinder geöffnet, kämen noch mehr dazu. Der Elternwunsch für diese Schulform ist groß.

Und es würde sich ganz sicher etwas bei den Schülerzahlen der Gymnasien verändern, denn für auswärtige Schülerinnen und Schüler gibt es bisher nicht die Option, eine IGS in Braunschweig zu besuchen. Etliche würden dies ganz sicher aber tun.

Die Gegner des Antrages argumentieren, dass mit der Öffnung für Auswärtige an den IGSen noch mehr Plätze fehlen würden.

Richtig. Aber das muss dann genau wie bei den Gymnasien gehandhabt werden, die Plätze sollten nach Bedarf geschaffen werden. Und zwar an der gewünschten Schulform.

Vermutlich wird sich mit einer solchen Öffnung – wie ich schon oben sagte- an den Schülerzahlen der Gymnasien etwas verändern, der Druck ließe vermutlich nach.

Aufgabe des Schulentwicklungsplans wäre es, diese Veränderungen zu untersuchen. Aber auf ein solches Szenario warten wir jetzt schon lange Zeit.

Und was tut die Politik? Seit Jahren überbieten sich SPD und Grüne in ihren Beteuerungen, dass man unideologisch über Schulformen diskutieren müsse, dass sie selbstverständlich den Bedarf einer weiteren IGS in Braunschweig sehen, und dann kommt das große Aber:

Das müsse alles genau betrachtet werden, der Schulentwicklungsplan (besser Gesamtschulverhinderungsplan?) müsse abgewartet, ausgewertet - und was noch alles- werden. Dass der aber nicht kommt, sondern immer wieder verzögert wird, scheint nicht zu stören.

Jedenfalls kann man so laut Grünen und SPD keine Entscheidungen treffen, wohl auch keine Grundsatzentscheidungen! Denn um eine solche geht es in unserem Antrag.

Unideologisch heißt damit de facto für SPD und Grüne immer im Sinne der Gymnasien zu entscheiden.

Wer will, dass sich etwas tut bei den Gesamtschulen in Braunschweig und der Elternwille ernst genommen wird, der sollte unserem Antrag zustimmen.

